Richtlinien des Jugendamtes der Stadt Radevormwald für die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen im Rahmen von Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)

1. Voraussetzungen

Die nachstehend aufgeführten Richtlinien sind eine Arbeitsgrundlage für wirtschaftliche Hilfeleistungen mit dem Ziel, für gleiche Sachverhalte und Bedingungen einheitliche Leistungen der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe zu erreichen.

2. Personenkreis

Diese Richtlinien gelten sowohl für Minderjährige als auch für junge Volljährige.

3. Grundlage und Inhalt der Hilfestellung

Aufgabe und Ziel ist es, Erziehungshilfen zur Überwindung von Entwicklungs- und Sozialisierungsmängeln anzubieten, wenn sich die Heimerziehung als nicht erforderlich oder problematisch erweist. Die Unterbringung in Pflegestellen hat grundsätzlich Vorrang vor der Heimunterbringung.

3.1 Vollzeitpflege

Die laufenden Leistungen im Bereich der Vollzeitpflege werden in Höhe der vom Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW festgesetzten Pauschalbeträge gewährt.

Das pauschalisierte Pflegegeld umfasst den gesamten regelmäßig wiederkehrenden Lebensbedarf einschließlich der Kosten der Erziehung.

Soweit nach den Besonderheiten des Einzelfalles abweichende Leistungen geboten sind, kann ein erhöhter Erziehungsbeitrag gezahlt werden.

Das Pflegegeld wird jeweils monatlich im voraus gewährt. Die Zahlung erfolgt kalendertäglich auf der Basis von 30,42 Tagen im Monat. Ist vorhersehbar, dass die Hilfe im Laufe eines Monats endet, wird das Pflegegeld anteilig berechnet und ausgezahlt.

Endet die Hilfe im Laufe eines Monats, ohne dass das Ende vorhersehbar war, so ist das überzahlte Pflegegeld grundsätzlich zu erstatten. Verlässt das Kind den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern bis einschließlich zum 15. eines Monats, so ist die Hälfte der monatlichen Leistung zurückzufordern, scheidet er nach dem 15. eines Monats aus, entfällt die Rückforderung.

Bei kurzfristiger Unterbringung behält sich das Jugendamt eine Rücknahme der aus öffentlichen Geldern beschafften Gegenstände vor.

Ist das Pflegekind vorübergehend außerhalb der Pflegefamilie untergebracht, wird das Pflegegeld für die Dauer von vier Wochen ungekürzt weiter gewährt. Ab Beginn der fünften Woche kann das Pflegegeld den tatsächlichen Gegebenheiten des Einzelfalles angepasst werden. Zum Umfang und Höhe des Pflegegeldes ist eine entsprechende Stellungnahme des/ der zuständigen Sozialarbeiters/in einzuholen.

Verfahren:

- Antrag der sorgeberechtigten Eltern/ des sorgeberechtigten Elternteils erforderlich

3.2 Bereitschaftspflege

Bereitschaftspflegestellen erhalten durch die besonderen Belastungen der Unterbringung 51,00 €/Tag/Kind. Die Dauer der Unterbringung ist nicht kalkulierbar. Häufig erfolgt die Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme gem. § 42 SGB VIII. Nach Ablauf von 20 Tagen wird anteiliges Vollzeitpflegegeld gewährt.

Über die Notwendigkeit der Gewährung einmaliger Beihilfen für das Kind entscheidet der/die zuständige Sozialarbeiter/in. Es kann maximal eine Beihilfe in Höhe von 160,00 € gewährt werden. Die Anschaffungen, die von dieser Beihilfe bezahlt werden, verbleiben dem Kind nach Beendigung der Hilfe.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern an den/die zuständigen/zuständige Sozialarbeiter/-in zur Gewährung von Beihilfen erforderlich

3.3 Kurzzeitpflege

Der Aufenthalt des Kindes in Kurzzeitpflegestellen ist für eine befristete Dauer erforderlich. Das Kind kehrt nach Ablauf der Frist in den Haushalt der Eltern zurück. Die Kurzzeitpflege wird erforderlich durch Kur- oder Krankenhausaufenthalt. Das Datum der Aufnahme in den Haushalt der Kurzzeitpflegestelle und das Datum der Rückkehr in den Haushalt der Eltern, ist vorab allen Beteiligten bekannt zu geben.

Es wird im Unterschied zur Bereitschaftspflege das pauschalisierte Pflegegeld der jeweiligen Altersstufe gezahlt.

Verfahren:

- Antrag der sorgeberechtigten Eltern/ des sorgeberechtigten Elternteils erforderlich

3.4 Erziehungsstellen

Erziehungsstellen sind eine Form der Familienpflege nach § 33 Satz 2 SGB VIII für schwer vermittelbare und entwicklungsbeeinträchtigte Kinder, für die eine Heimunterbringung nicht geeignet ist. Die Erziehungsstellen sind besonders qualifizierte und honorierte Pflegefamilien, in denen ein Pflegeeltern teil über eine pädagogische Ausbildung verfügt. Die Kosten des Erziehungsbeitrages werden zwischen der Pflegeperson/den Pflegeeltern und den jeweiligen Trägern individuell vereinbart. Sie sollen in einer vernünftigen Relation zum durchschnittlichen Tagessatz von Heimkindern stehen und einen deutlichen Sparbetrag erbringen.

4. Beihilfen/ Zuschüsse

Beihilfen und Zuschüsse setzen stets einen tatsächlichen und notwendigen Bedarf des Hilfeempfängers voraus, sofern nicht gesetzlich ein solcher Bedarf besteht.

Anträge auf Gewährung von Beihilfen sind grundsätzlich vor der Bedarfsdeckung zu stellen.

Die prozentualen Beihilfen werden jeweils auf volle Eurobeträge abgerundet.

4.1.1 Unfallversicherung

Auf der Grundlage des § 39 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII werden auf Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern nachgewiesene Aufwendungen der Beiträge für eine Unfallversicherung entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins übernommen. Der Betrag wird unabhängig von der Zahl der betreuten Kinder nur einmalig, aber bei Pflegeeltern ggf. beiden Pflegepersonen gewährt. Bereits bestehende Versicherungsverträge werden anerkannt. Die Auszahlung erfolgt monatlich zu 1/12 mit dem laufenden Pflegegeld.

Werden bereits Beiträge zur Unfallversicherung durch ein anderes Jugendamt erstattet, muss die Pflegeperson bzw. müssen die Pflegeeltern dies den jeweiligen Jugendämtern unverzüglich anzeigen.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis der Versicherung
- jährlicher Nachweis über gezahlte Beträge

4.1.2 Alterssicherung

Auf Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern werden die hälftigen nachgewiesenen Aufwendungen der Beiträge für eine angemessene Alterssicherung entsprechend den Empfehlungen des Deutschen Vereins übernommen. Der Betrag wird lediglich einem Pflegeeltern teil, i.d.R. dem betreuenden Pflegeeltern teil, gewährt.

Es werden Versicherungsbeiträge für maximal drei Pflegekinder und einen Pflegeeltern teil übernommen. Bereits bestehende Versicherungen werden anerkannt.

Werden bereits Beiträge zur Alterssicherung durch ein anderes Jugendamt erstattet, muss die Pflegeperson bzw. müssen die Pflegeeltern dies den jeweiligen Jugendämtern unverzüglich anzeigen.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis der Versicherung
- jährlicher Nachweis über gezahlte Beträge

4.1.3 Qualifizierung der Pflegeperson/Pflegeeltern

Pflegepersonen/Pflegeeltern müssen eine Basisqualifizierung zur Betreuung von Pflegekindern nachweisen. Die Kosten für diesen Kurs, ohne Verpflegungs-, Kinderbetreuungs- oder Übernachtungskosten, werden durch das Jugendamt der Pflegeperson / den Pflegeeltern erstattet, wenn mindestens ein Pflegekind betreut wird.

Verfahren:

- Formloser Antrag der Pflegeperson/Pflegeeltern
- Nachweis über die gezahlten Kosten

4.2 Erstausrüstung für Möbel, Hausrat, o.ä.

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Erstausrüstung für Möbel, Hausrat o.ä. vor, kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 100 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 3. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern an den/die zuständigen/zuständige Sozialarbeiter/-in
- der Bedarf wird von dem/der zuständigen Sozialarbeiter/-in geprüft
- die Quittungen der gekauften Ausstattung werden unverzüglich vorgelegt

4.3 Erstausrüstung für Bekleidung

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Erstausrüstung für Bekleidung vor kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 50 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme des Kindes in den Haushalt der Pflegeperson/Pflegeeltern an den/die zuständigen/zuständige Sozialarbeiter/-in
- der Bedarf wird von dem/der zuständigen Sozialarbeiter/-in geprüft
- die Quittungen der gekauften Ausstattung werden unverzüglich vorgelegt

4.4 Einschulung

Liegt ein notwendiger Bedarf für die Anschaffung von Schulmaterial vor kann den Pflegekindern in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern eine Beihilfe bis zu 30 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe gewährt werden.

Verfahren:

- Kopie der Schulanmeldung
- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern
- die Quittungen der gekauften Artikel werden unverzüglich vorgelegt

4.5 Lernmittel

Eigenanteile an Schulbüchern werden übernommen, sofern diese Kosten nicht von anderen übernommen werden.

Verfahren:

- aktuelle Schulbescheinigung
- schriftlicher Antrag der Pflegeeltern
- Bescheinigung der Schule über die Notwendigkeit
- die Quittungen der gekauften Artikel werden unverzüglich vorgelegt

4.6 Klassenfahrten

Bei Klassenfahrten werden nachgewiesene Fahrt- und Übernachtungskosten übernommen. Das zusätzliche Taschengeld ist aus den Einsparungen der häuslichen Verpflegungskosten zu bezahlen.

Verfahren:

Anmelde- und Teilnahmebestätigung der Schule sind vorzulegen

4.7 Nachhilfeunterricht

Wenn für ein Pflegekind in Vollzeitpflege Nachhilfeunterricht erforderlich ist, da die Versetzung oder der Schulabschluss ohne diese Hilfe gefährdet werde, sind die Kosten des notwendigen Nachhilfeunterrichts zu übernehmen. Die Übernahme der Kosten orientiert sich an den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Rheinland.

Verfahren:

- Stellungnahme der Schule über den Hilfebedarf
- formloser Antrag der Pflegeeltern
- der Bedarf wird durch den/die zuständige/n Sozialarbeiter/in geprüft

4.8 Religiöse Anlässe

Die Kosten für religiöse Anlässe, wie z.B. Taufe, Kommunion, Konfirmation, etc. können für die Pflegekinder in Vollzeitpflege auf Antrag der Pflegeeltern bis zu einer Höhe von 30 % der Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe erstattet werden.

Verfahren:

- die Vorlage eines Nachweises über den betreffenden Anlass ist erforderlich

4.9 Ferienbeihilfe

Im Monat Juni wird eine Ferienbeihilfe in Höhe von 40 % Pauschale der materiellen Aufwendungen der 2. Altersstufe je Pflegekind gewährt.

Ein gesonderter Antrag ist nicht erforderlich.

4.10 Weihnachtsbeihilfe

Im Monat November wird eine Weihnachtsbeihilfe gemäß den Empfehlungen des Landschaftsverbandes Rheinland gewährt.

Ein gesonderter Antrag ist nicht erforderlich.

4.11 Gesundheitsfürsorge

Für Brillen zur Korrektur der Sehstärke können in Ausweitung der Hilfe nach § 40 SGB XIII bei einer Änderung von mindestens 0,5 Dioptrien der Sehstärke ein Zuschuss in Höhe von 100,00 € gewährt werden.

Verfahren:

- formloser Antrag der Pflegeeltern
- Vorlage der Rechnung bis max. 4 Wochen nach Beschaffung der Brille

5. Starthilfe zur Begründung eines eigenen Hausstandes

Verlässt ein Pflegekind den Haushalt der Pflegeeltern, kann zur Gründung eines eigenen Hausstandes eine einmalige Beihilfe bis zu 100 % Pauschale der materiellen Aufwendungen der 3. Altersstufe gewährt werden.

Ist eine Mietkaution erforderlich kann diese auf Darlehensbasis übernommen werden. Eine angemessene Rückzahlungsvereinbarung ist mit dem Hilfeempfänger zu vereinbaren.

Verfahren:

- formloser Antrag des Hilfeempfängers über die erforderlichen Einrichtungsgegenstände
- der Bedarf wird von dem zuständigen Sozialarbeiter geprüft und bestätigt

Der Lebensunterhalt ist sicherzustellen, indem Jugendhilfe in Höhe der aktuellen Regelsatzleistungen des Arbeitslosengeldes II gewährt wird. Dementsprechend ist der Regelsatz des Haushaltsvorstandes

zzgl. der Miete, einschließlich Heizung, Nebenkosten und Taschengeld zu gewähren. Einkünfte des Hilfeempfängers sind in Abzug zu bringen, bzw. über entsprechende Erstattungsansprüche zu vereinnahmen.

6. Ausnahmeregelung

In besonders begründeten Einzelfällen kann von diesen Richtlinien abgewichen werden. Die Entscheidung hierüber trifft die Fachbereichsleitung.

7. Inkrafttreten

Die Richtlinien treten am 01.03.2017 in Kraft.